

Blaue Post

NR 3 – DEZEMBER 2015

AUS DEM SÄCHSISCHEN LANDTAG - FREISTAAT SACHSEN

KOSTENLOS



Im Sächsischen Landtag gedachte die AfD-Fraktionen der Opfer des islamistischen Terror-Anschlages in Paris mit einer Schweigeminute.

Schweigen für die Opfer

AfD-Fraktion gedenkt der Toten des islamistischen Terrors

Die französische Hauptstadt Paris wurde von einer Terrorserie erschüttert. Dabei starben 130 Menschen. 352 wurden verletzt, davon 97 schwer. Außerdem starben sieben der Attentäter in unmittelbarem Zusammenhang mit ihren eigenen Attacken.

Verantwortlich dafür ist die Terrororganisation „Islamischer Staat“. Frankreichs Präsident Hollande sprach von „bisher nie dagewesenen Terrorangriffen“ und verhängte den Ausnahmezustand in ganz Frankreich.

Alle Fraktionen, die im Sächsischen Landtag vertreten sind, beteiligten sich wenige Tage nach der Tat an einer Gedenkminute für die Opfer. Die sächsische Fraktions- und Bundvorsitzende der Alternative für Deutschland, Frauke Petry, gab dazu eine Erklärung ab: „Es ist menschlich, dass uns die Terror-Opfer in Paris emotional näher sind, als an-

dere Terror-Opfer weltweit. Wir trauern aber auch um die 224 Opfer des abgeschossenen russischen Flugzeuges im Sinai, wozu sich der so genannte ‚Islamische Staat‘ bekannt hat. Unsere Gedanken sind ebenso bei den 49 in Nigeria ermordeten Opfern, die bei einem Selbstmordanschlag durch die islamistische Terrororganisation ‚Boko Haram‘ ums Leben kamen, wie auch die Tausenden, wegen ihres Glaubens verfolgten und ermordeten Christen im gesamten Nahen Osten. Allerdings ist

es zynisch, von den etablierten Parteien zu behaupten, dass die Terroranschläge nichts mit der aktuellen Einwanderungswelle in Deutschland und Europa zu tun hätten. Unsere europäischen Partnerländer sehen das offensichtlich anders: Dänemark, Schweden, Ungarn und nun auch Frankreich haben begonnen, ihre Grenzen zu sichern.

Die Wahrheit ist, dass die Bundesregierung aus CDU und SPD die Kontrolle darüber verloren hat, wer in Deutschland einreist und ausreist. Dieser Zustand macht es nicht nur international agierenden Kriminellen sehr einfach, sondern eben auch Terroristen.“

Das Wort Terrorismus ist Latein und bedeutet übersetzt „Furcht und Schrecken“. Das Ziel von Terroranschlägen ist es, das Denken zu besetzen und Veränderungen zu erzwingen. Dieses Attentat wird nicht nur Frankreich verändern, sondern ganz Europa und die Welt.



**Dieses Attentat
wird nicht nur Frankreich verändern,
sondern ganz Europa
und die Welt.**

Grußwort

der Fraktionsvorsitzenden der Alternative für Deutschland im Sächsischen Landtag

Liebe Mitstreiter,
Freunde und Förderer der AfD,
liebe Bürger,



Frauke Petry
Mitglied des Sächsischen Landtags,
Vorsitzende der AfD-Fraktion,
Landesvorsitzende Sachsen,
Bundesvorsitzende

aller guten Dinge sind drei, heißt es. Dies gilt in jedem Falle für unsere Blaue Post in dem sich nun dem Ende zuneigenden Jahr 2015. Die Fraktionszeitung erscheint jetzt schon zum dritten Mal und soll Rückschau und ein kleiner Ausblick sein.

Man kann sagen, dass das Jahr so ereignisreich begann, wie es endete.

Für großen medialen Wirbel hat das Treffen der Fraktion mit dem Organisationsteam von Pegida am 7. Januar 2015 gesorgt. Lautstark aus allen politischen Richtungen hierfür kritisiert, folgten dann jedoch schnell ähnliche Treffen zwischen Politikern anderer Fraktionen und den Organisatoren der neuen montäglichen Demonstrationsveranstaltungen.

Der zunehmende Zustrom an Asylbewerbern und die Konzeptlosigkeit der Regierung beim Umgang damit, hat die Fraktion zur Erarbeitung und Veröffentlichung des Positionspapieres Asyl- und Einwanderung bewogen. Der Fakt, dass Deutschland dieses Jahr mehr Asylbewerber aufnimmt als in den Jahren 1953-1989 zusammen und auch Sachsen damit vor immense Herausforderungen gestellt wird, zeigt, wie sehr dieses Papier den „Nerv der Zeit“ getroffen hat.

Der Besuch bei der Landeszentrale für politische Bildung hat die Möglichkeit geboten, mit Herrn Frank Richter ins Gespräch zu kommen und über die Frage der demokratischen Mitbestimmung im Lande zu diskutieren. Da die AfD eine vermehrte Volksbeteiligung an der politischen Willensbildung für unabdingbar hält, organisierte unsere Fraktion im Mai den großen Demokratiekongress in Dresden, auf dem unter anderem der Staatsrechtler Professor Hans Herbert von Arnim und der Politikwissenschaftler Professor Werner J. Patzelt auftraten. Nach einer deutschlandweiten Forsa Umfrage aus dem Jahr 2012 sprachen sich 74 % für Volksentscheide und Volksbefragungen auf Bundesebene aus – Tendenz steigend.

Von wesentlicher Bedeutung für Teilhabe und Demokratie im Lande sind natürlich auch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Bei den Haushaltsverhandlungen für den sächsischen Landeshaushalt der Jahre 2015/2016 hat sich die Fraktion deshalb mit einem alternativen Haushaltsplan eingebracht. Von uns beantragte Mehrausgaben in den Bereichen Bildung/Schule wurden dabei, trotz Vorschlägen zur Gegenfinanzierung, leider genauso abgelehnt wie Mehrausgaben in den Bereichen Innere Sicherheit/Polizei und

Gesundheit/Krankhäuser. In den kommenden Haushaltsverhandlungen wird sich unsere Fraktion weiter vehement für die Anhebung der Investitionen in diesen Bereichen einsetzen, zumal man dieser Tage ja erleben kann, dass Geld sehr wohl vorhanden ist und auch ausgegeben wird, wenn denn die politische Intention „die richtige“ ist. Einer solchen Politik nach Beliebigkeit und zweierlei Maß stellt sich die AfD klar entgegen, dies auch fortlaufend mit vielen parlamentarischen Anfragen, mit Anträgen und Gesetzesentwürfen.

Hierzu wird die weitere Zusammenarbeit der AfD-Fraktionen in den verschiedenen Landesparlamenten ausgebaut und verstetigt.

Aber nicht nur der Austausch innerhalb der Partei ist von großer Wichtigkeit, sondern vor allem derjenige außerhalb. Aus diesem Grund wird die Fraktion weiterhin mit Vertretern verschiedener Interessensgruppen im Landtag zur Meinungsbildung zusammenkommen, wie beispielsweise in diesem Jahr mit Schulverbänden, Rundfunkbeitragskritikern, dem Bauernbund, kirchlichen Repräsentanten, Familienverbänden, Handwerksvertretern und vielen anderen.

Wir werden uns auch den Blick über die Landesgrenzen hinweg bewahren und uns für die Aufhebung der Russlandsanktionen einsetzen, so wie beispielsweise am 28. Mai 2015 mit einer Protestaktion auf dem Theaterplatz in Dresden.

Das Jahr 2015 war für die Fraktion das Jahr der „Ersterfahrungen“, der Veränderungen und Turbulenzen. Für das kommende Jahr wird wohl ähnliches anstehen. Denn für die Politik gilt, was auch für den persönlichen Bereich oft zutrifft: gerade wenn man eine Schwierigkeit überwunden hat, warten schon neue Herausforderungen und Unwägbarkeiten auf einen. Wir wollen uns diesen stellen und sie auch mit Entschlossenheit, Mut und viel Tatkraft meistern - für Sie und mit Ihnen zusammen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen der gesamten AfD-Fraktion eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit, Momente des Innehaltens und Kraftschöpfens sowie einen guten Start in das Jahr 2016.

Ihre/Eure
Frauke Petry



AFD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

Soviel kosten Asylverfahren im Freistaat wirklich!

Schulden der Kommunen spielen mit einem Mal keine Rolle mehr

Sachsens CDU-Finanzminister Unland hielt über Jahre das Geld zusammen. Sparen, Neuverschuldungsverbot – und die Bürger sparten mit. Für die Kinder, gegen finanzielle Altlasten auf deren Rücken. Dafür plagte sich der ländliche Raum mit Strukturproblemen: Kein breitbandfähiges Internet, Sanierungsstau an Schulen, Verkehrsstau, fehlende Umgehungsstraßen – die Kehrseite des Sparens.

Nun jedoch scheint der Freistaat eine neue Geldquelle gefunden zu haben. Kreise und Kommunen dürfen plötzlich Schulden machen! Was war passiert?

Nicht ganz so plötzlich kamen zahlreiche Asylbewerber in Sachsen an. Kosten für neue Erstaufnahmeeinrichtungen liefen auf. Im Haushalt waren dafür 25 Millionen Euro für 2015 vorgesehen. Da dies absehbar nicht ausreichend war, bat der Ministerpräsident den Haushalts- und Finanzausschuss um nachträgliche Genehmigung für Kosten in Höhe von zunächst 50 Millionen Euro. Später nochmals 30 Millionen, die der Ausschuss mit CDU-SPD-Mehrheit genehmigte. Insgesamt werden für die Erstaufnahmeeinrichtungen – in denen Asylbewerber die ersten zehn Wochen verbringen – 105 Millionen Euro für 2015 ausgegeben.

Auch der Haushaltstitel für Kostenerstattungen an Kreise und kreisfreie Städte erhöhte sich. Zahlte Sachsen 2010 bis 2012 je etwa 20 Millionen Euro für Aufnahme und Unterbringung gemäß §10 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, steigerte sich der Betrag 2013 und 2014 jeweils um weitere gut 15 Millionen Euro. Bis zum dritten Quartal 2015 zahlte der Freistaat hierfür bereits über 80 Millionen Euro, sodass bis Jahresende von einer Zahlung von ca. 120 Millionen Euro auszugehen ist. Landkreise schätzen die Unterbringungskosten auf 10.000 bis 12.000 Euro jährlich je Asylbewerber.

Das nahm die Staatregierung zum Anlass, in ihrem Gesetzentwurf vom 4. November 2015



Asylbewerber kommen am Bahnhof von Leipzig an (Foto: dpa)

zur Stärkung des kommunalen Investitions- und Finanzkraft (KomminFinSG) für 2015 einen weiteren Pauschalbetrag von 23 Millionen Euro für die Unterbringung der Asylbewerber bereitzustellen. Ausgehend von der Prognose der Landesdirektion ergibt dies einen weiteren Betrag in Höhe von 1.324 Euro je Asylbewerber für 2015. Berücksichtigt man jedoch den realen Kostenansatz der kommunalen Ebene, werden Kosten für Aufnahme und Unterbringung von insgesamt etwa 160 Millionen Euro für 2015 fällig, von denen lediglich 143 Millionen vom Freistaat erstattet werden.

In der Landtagssitzung im Dezember soll nun die Einrichtung eines Fonds in Höhe von 300 Millionen Euro beschlossen werden. Dabei entstammen 180 Millionen aus dem Haushaltsüberschuss 2014, womit Schulden hätten getilgt werden können. 120 Millionen werden dem Staatshaushalt 2015 entnommen.

Allein der Landkreis „Sächsische Schweiz-Osterzgebirge“ hat für 2015 und 2016 einen Unterbringungs-Investitionsbedarf von ca. 60 Mio. Euro. Offensichtlich, dass die 300 Millionen für alle bald alle sind. Der Bedarf

der zehn Kreise und drei kreisfreien Städte liegt geschätzt bei 800 Millionen für 2015 und 2016.

Rechnet man schließlich die neu geschaffenen 170 Personalstellen in der zentralen Ausländerbehörde hinzu, den erhöhten Bedarf von „Deutsch-als-Zweitsprache“-Lehrern, Polizei-Überstunden, zusätzliche Verwaltungsrichter, Sozialarbeiter, medizinisches Personal etc., erhöht sich der Betrag eklatant. Diese Kosten können noch nicht seriös geschätzt werden. Es verwundert sehr, dass an Bildung, Infrastruktur und Innerer Sicherheit in den letzten Jahren gespart wurde, man die Haushaltsdisziplin sogar um den Preis steigender Stundenausfallzahlen und Kriminalität einhielt. Wenn jedoch tausende Asylbewerber in den Freistaat kommen, von denen etwa 60% keinen Rechtsanspruch darauf haben, ist Haushaltsdisziplin plötzlich keine Tugend mehr. Es verwundert darum nicht, dass mancher den Eindruck hat, dass am eigenen Volk gespart wird, während Sparsamkeit bei Fremden kein Thema ist.

André Barth
MdL, AfD Fraktion

Asyl braucht Grenzen

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag beabsichtigt, eine Verbesserung des Asylverfahrens in Gang zu setzen. Dazu brachte sie einen entsprechenden Antrag (Drs. 6/3218) in den Sächsischen Landtag ein.



AfD-Fraktionsvorsitzende Frauke Petry

auf der Ebene der Europäischen Union:



- In den Transitländern außerhalb der Europäischen Union, insbesondere in den Ländern Afrikas und Asiens, sollen Flüchtlingslager geschaffen werden. Dort sollen die Menschen ihre Asylanträge für die Länder der Europäischen Union stellen, die dann direkt vor Ort bearbeitet werden. Die beteiligten Transitländer sollen dazu wirtschaftliche Unterstützung erhalten.
- Flüchtlinge sollen vorrangig im eigenen Kulturkreis in Nachbarstaaten von Bürgerkriegsstaaten Schutz finden. Auch hierfür sollen die beteiligten Länder wirtschaftliche Unterstützung erhalten.
- Geltendes (europäisches) Recht, insbesondere die Dublin-III-Verordnung, soll angewendet werden. Deutschland beteiligt sich am Vollzug des Rechts in den Erstaufnahmestaaten.
- Die Frist zur Überstellung von Asylantragstellern in den zuständigen Mitgliedstaat soll von sechs Monaten auf zwei Jahre verlängert werden.
- Asylanträge von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten sollen ebenso unzulässig sein wie Asylanträge von Personen aus sicheren Drittstaaten.

- In allen EU-Ländern soll sowohl bei der Unterbringung von Asylbewerbern als auch bei der Durchführung von Asylverfahren derselbe Standard gelten und eingehalten werden.
- Den Asylbewerbern sollen in allen EU-Ländern unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten einheitliche Leistungen gewährt werden. Geldleistungen sind dabei weitestgehend durch Sachleistungen bzw. Wertmarken zu ersetzen.
- Die Außengrenzen des Schengen-Raumes sollen effektiv geschützt werden. Ist dies nicht möglich, so sollen zumindest vorübergehend Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Schengen-Staaten wieder eingeführt werden.
- Jeder Mitgliedstaat der EU soll selbst festlegen dürfen, inwieweit er einen Familiennachzug zulässt.

auf der Ebene der Bundesrepublik Deutschland:



- Das Grundgesetz soll dahingehend geändert werden, dass Personen aus sicheren Herkunftsstaaten – ebenso wie solche aus sicheren Drittstaaten – sich nicht auf ein Recht auf Asyl berufen können.
- Die Bundesrepublik soll bis auf Weiteres Kontrollen an ihren Grenzen durchführen, die aktuell besonders von illegalen Übertritten von Asylsuchenden betroffen sind.
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll in die Lage versetzt werden, innerhalb von vier Wochen Außenstellen an Standorten von Erstaufnahmeeinrichtungen zu schaffen, wenn dort über 500 Asylbewerber untergebracht sind.
- Asylbewerber sollen ihre Asylanträge in der Regel bei der Deutschen Botschaft in ihrem Herkunftsland stellen. Die Antragsstellung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland soll nur zulässig sein, wenn die Antragstellung im Herkunftsland oder in einem Flüchtlingslager in einem Transitland nachweisbar unmöglich gewesen ist.
- Offensichtlich unbegründete Asylanträge sollen in einem Eilverfahren innerhalb von 14 Tagen entschieden werden und die unverzügliche Abschiebung des Antragstellers zur Folge haben.
- Bei der Registrierung von Asylbewerbern soll nach deren Religionszugehörigkeit nachgefragt werden.



auf der Ebene des Freistaates Sachsen

- Ein Ausländer, der bei der Stellung des Asylantrages über seine Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht, soll zur Feststellung der Identität oder Staatsangehörigkeit in Haft genommen werden, bis seine Identität oder Staatsangehörigkeit zweifelsfrei festgestellt ist.
 - Personaldokumente der Antragsteller sollen bis zur Anerkennung als Flüchtling einerseits oder Abschiebung andererseits einbehalten werden. Dem Antragsteller soll für die Dauer des Asylverfahrens ein Ersatzausweis ausgestellt werden.
 - Abgelehnte Asylbewerber, die ihrer Ausreisepflicht nicht innerhalb von zwei Wochen nachkommen, sollen in Haft genommen und innerhalb einer weiteren Woche abgeschoben werden.
 - An der Grenze der Bundesrepublik sowie in Transitzonen soll über dort gestellte Asylanträge entschieden werden. Die Transitzonen sollen grenzüberschreitend sein und gemeinsam mit den jeweiligen Nachbarländern betrieben werden.
 - Für die Aufnahme von Asylbewerbern soll eine verbindliche Obergrenze festgesetzt werden.
 - Ein Familiennachzug zu Asylbewerbern und anerkannten Asylberechtigten soll ausgeschlossen werden.
 - Für den Fall, dass ein Ausländer
 - a) innerhalb von 12 Monaten drei oder mehr Straftaten vorsätzlich begangen hat und wegen derselben rechtskräftig verurteilt wurde oder
 - b) er wegen eines Verbrechens verurteilt wurde oder
 - c) zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurde, soll er ausgewiesen werden. Zur Sicherung seiner Abschiebung soll er auf richterliche Anordnung in Haft genommen werden.
- Asylbewerber mit offensichtlich aussichtslosen Asylanträgen und solche mit aussichtsreichen Anträgen sollen räumlich getrennt untergebracht werden. Erstere sollen dabei in Einrichtungen untergebracht werden, die ihre leichtere Abschiebung gewährleisten.
 - Asylbewerber sollen in ihren Unterkünften vor religiös motivierten Schikanen geschützt werden. Ihnen muss in den Unterkünften ein Ansprechpartner zur Verfügung stehen, an den sie sich nach derartigen Vorkommnissen wenden können. Gegebenenfalls müssen Personen, die in ihren Einrichtungen einer religiösen Minderheit angehören, zu ihrem Schutz an einem anderen Ort untergebracht werden.
 - Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollen in ihren Unterkünften vor sexuellen Belästigungen und Übergriffen geschützt werden. Ihnen soll ein behördlicher Mitarbeiter zur Verfügung stehen, an den sie sich nach derartigen Vorkommnissen wenden können. Gegebenenfalls sind sie zu ihrem Schutz in einer anderen Einrichtung unterzubringen.
 - Bei schweren Verstößen gegen die Hausordnung einer Einrichtung sowie bei Begehung von Straftaten sollen die widerrechtlich handelnden Asylbewerber umgehend vom bisherigen Umfeld getrennt und in einer anderen Einrichtung untergebracht werden.
 - Abgelehnte Asylbewerber sollen konsequent zur Ausreise veranlasst und nötigenfalls abgeschoben werden. Gleiches gilt bei dem Wegfall des Asylgrundes durch politische Veränderungen im Heimatland.
 - Es soll eine zentrale Einrichtung zum Vollzug der Abschiebehaft geschaffen werden.



Der AfD-Landtagsabgeordnete Carsten Hütter besucht eine Erstaufnahmeeinrichtung und wird interviewt.

AfD-Fraktion treibt Staatsregierung vor sich her

Unsere Forderungen: Erst abgelehnt, dann umgesetzt



Lager wie dieses entstehen in Sachsen momentan in vielen Turnhallen und Lagerhallen

THEMA ASYL:

Die illegale unkontrollierte Masseneinwanderung weitet sich zur größten Staatskrise Deutschlands nach dem Krieg aus. Seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag im Oktober 2014 hat die AfD-Fraktion auf die großen Gefahren einer bevorstehenden Völkerwanderung aus einem anderen Kulturkreis hingewiesen und Gegenmaßnahmen gefordert. Dafür ist die AfD von allen Parteien als fremdenfeindlich und populistisch beschimpft worden.

Nun zeigt sich, dass die AfD-Fraktion mit ihrer Einschätzung auf der ganzen Linie richtig lag. Bürgermeister und Landräte schlagen Alarm, dass keine weiteren Turnhallen und Gebäude für Asylbewerber beschlagnahmt werden können und der soziale Frieden in Sachsen stark gefährdet sei. Die Kosten explodieren, Kommunen und Hilfskräfte kommen an ihre Leistungsgrenzen.

Medien und Alt-Parteien versprechen den Bürgern einen großen Gewinn durch Zuwan-

derung. Asylbewerber würden unseren Fachkräftemangel beheben und seien auch kulturell eine große Bereicherung. Gekommen sind nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit überwiegend Geringqualifizierte, die unsere Sozialsysteme belasten werden. Zusätzlich bringen die meisten Asylbewerber eine Religion mit, die in strenger Auslegung wenig kompatibel mit unserem Grundgesetz ist.

In der Asyldebatte zeigt sich, wie die AfD die Staatsregierung vor sich her treibt. Folgende Anträge und Forderungen hat die AfD-Fraktion eingebracht, die jeweils von allen Parteien abgelehnt und sehr viel später teilweise von Staats- und Bundesregierung übernommen wurden:

08.12.2014 AfD-Antrag 6/454: Einstellung von zusätzlichem Personal, um die Bearbeitungszeit von Asylanträgen zu verkürzen. Die Staatsregierung brachte am 07.07.2015 einen eigenen Antrag mit gleichen Inhalten ein.

Seit Dezember 2014 forderte die AfD-Fraktion die Staatsregierung mehrmals auf, die mitt-

lerweile über 6.300 abgelehnten, ausreisepflichtigen Asylbewerber abzuschicken. Wiederholt kündigte Innenminister Ulbig eine konsequentere Abschiebep Praxis an, geschehen ist aber kaum etwas. Ende November waren erst 1300 Asylbewerber abgeschoben, nur wenig mehr als im letzten Jahr, trotz stark gestiegener Zahl an Asylbewerbern.

Januar 2015: Seit dem Massenexodus von Wirtschaftsmigranten aus den Balkanstaaten fordert die AfD-Fraktion die Grenzen effektiv zu kontrollieren und Asylbewerber, die über sichere Drittstaaten nach Deutschland einreisen wollen, nach den Regeln des Dublin-Abkommens an den Grenzen abzuweisen. Am 13.09.2015 führte auch die Bundesregierung Grenzkontrollen ein, winkt aber weiterhin alle illegal einreisenden Asylbewerber einfach durch.

27.02.2015 AfD-Antrag 6/1056: Kosovo, Albanien und Tunesien sollen als sichere Herkunftsländer deklariert und Sachleistungen statt Geldleistungen ausgeben werden. Die Bundesregierung erklärte erst am 14.10.2015

die Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern; Sachleistungen wurden nur zu einer Kann-Bestimmung erklärt.

THEMA INNERE SICHERHEIT:

In Sachsen hat sich die Sicherheitslage dramatisch verschlechtert: Frauen trauen sich an einigen Orten nicht mehr allein auf die Straße. Nicht nur im grenznahen Raum bilden sich „Bürgerwehren“. Fast täglich finden in Asylbewerberheimen Einsätze der Polizei statt. Die Werbeaktivitäten von Salafisten steigen auch in Sachsen. Der Wiener Platz am Dresdner Hauptbahnhof ist zu einem berühmten Drogenumschlagplatz geworden, währenddessen Leipzig zur neuen Hochburg der linksextremen Szene avancierte und von der Generali-Versicherung zur „Hauptstadt der Wohnungseinbrüche“ gekürt wurde. Görlitz dagegen ist seit Neuestem die deutsche Hauptstadt der Autodiebstähle.

Die Kriminalität steigt seit Jahren, bei gleichzeitigem Personalabbau der Polizei durch die Polizeireform 2020. Bereits im Wahlprogramm hatte die AfD die Staatsregierung aufgefordert, die Polizei nicht weiter kaputt zu sparen und deutlich mehr Personal einzustellen. Seit dem Einzug in den Sächsischen Landtag hat die AfD-Fraktion den politischen Druck deutlich erhöht:

27.04.2015 AfD-Antrag 6/1519 : In den nächsten sechs Jahren sollen mindestens 1.180 zusätzliche Polizisten eingestellt werden. Obwohl einige Abgeordnete der anderen Parteien uns in der Sache sogar Recht gaben, lehnten alle den Antrag ab. Danach folgte ein monatelanger Eiertanz von Innenministern Markus Ulbig (CDU): An einen Tag lehnte er Neueinstellungen für die Polizei ab, am nächsten wollte er über eine Kurskorrektur nachdenken. Es geschah jedoch lange nichts.

08.06.2015 AfD-Antrag 6/1823: Um der grassierenden Grenzriminalität vorzubeugen, sollen die ehrenamtlichen Nachbarschaftstreifen durch Eingliederung in die Sächsische Sicherheitswacht (eine Art Hilfspolizei freiwilliger Bürger) mit der Landespolizei verbunden werden. Im Innenausschuss warf man der AfD daraufhin vor, sie würde Selbstjustiz befürworten. Zwei Wochen später wandte sich die Polizeidirektion Görlitz an die Öffentlichkeit, weil sie händeringend eh-

renamtliche Mitarbeiter für die Sächsische Sicherheitswacht sucht.

29.06.2015 AfD Antrag 6/2004: Zur Bekämpfung der Grenzriminalität sollen die Schleierfahndung im Grenzgebiet ausgebaut werden, so wie es das Schengen-Abkommen zulässt. Hintergrund sind die großen Fahndungserfolge während des G7-Gipfels.

September 2015: Die AfD-Fraktion rief den Innenminister auf, alle geeigneten Bewerber auszubilden, die sich für das neue Ausbildungsjahr beworben hatten und den Anforderungen entsprachen. Ulbig ließ jedoch diese Chance verstreichen. Als der Personalnotstand nicht mehr zu vertuschen war, kam



Der AfD-Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel aus Görlitz

die Regierung auf die aktionistische Idee, 550 Wachpolizisten in einem dreimonatigen Crashkurs auszubilden und Asylbewerberheime bewachen zu lassen. Dies ist der verzweifelte Versuch, Sicherheit zum Billigtarif zu bekommen. Ungenügend ausgebildete Wachpolizisten werden mit einer höchst verantwortungsvollen Aufgabe betraut und Hochstresssituationen ausgesetzt. Das lehnen wir in dieser Form ab.

Oktober 2015: Auch aus Polizeikreisen wird die Kritik an der Personalsituation immer lauter. Am Ende ist Innenminister Ulbig gezwungen, die Polizeireform 2020 und den damit verbundenen Personalabbau zu stoppen. Zusätzlich sind derzeit 100 Neueinstellungen bei der Polizei im Gespräch. Die Staatsregierung kommt den von der AfD geforderten zusätzlichen 200 Stellen pro Jahr langsam näher.

November 2015: Seit Anfang des Jahres hatte

die AfD-Fraktion vor der steigenden Gefahr islamistischer Anschläge und die Unterbesetzung des Verfassungsschutzes gewarnt. Meine Anfrage 6/2958 an die Staatsregierung ergab, dass sich die Zahl von bekannten islamischen Extremisten in Sachsen erhöht hatte und diese Personen offensichtlich Kontakt zu Muslimen in den Asylunterkünften suchen. Was sie in den Unterkünften tun, sei derzeit nicht bekannt. Die abstrakte Gefahrenlage ist bekannt. Doch erst mit den islamistischen Terroranschlägen von Paris fühlt sich die Regierung genötigt, ihren Spar-Kurs zu ändern und den Verfassungsschutz personell aufzustoocken.

Fakt ist: Sowohl beim Thema Asyl wie auch bei der Inneren Sicherheit braucht Sachsen

die AfD als politisches Frühwarnsystem. Leider handelt die CDU/SPD-Koalition oft viel zu spät und setzt die AfD-Forderungen nur bruchstückhaft um. Plagiate können eben niemals so gut sein wie das Original.

*Sebastian Wippel,
sicherheitspolitischer Sprecher
der AfD-Fraktion*

P.S.: Alle Anträge wurden von CDU, SPD, Grünen und Linken abgelehnt



„Die heute praktizierte Form der Demokratie ist zunehmend ein Synonym für den Prozess des Stimmenkaufs und für das Schmieren und Belohnen von unlauteren Sonderinteressen.“

Friedrich August von Hayek (1899 – 1992)

Windkraft, nein Danke!

Politischer Kampf gegen Windkraft-Anlagen – wichtiger Bestandteil der Fraktionsarbeit

Sie verschandeln die Kulturlandschaft, töten Vögel und Fledermäuse, Anwohner in der Nähe von Windkraftanlagen leiden zudem oft unter Schlagschatten und Infraschall – dennoch werden in Sachsen immer mehr und höhere davon gebaut. Der politische Kampf gegen diese, von der CDU-SPD-Regierung forcierte, ideologisch motivierte, Energiegewinnung stellt einen wichtigen Bestandteil der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag dar. Die Fraktion brachte zum Thema Windkraft mehrere Anträge ein, die allerdings von allen anderen Fraktionen mit teilweise beleidigenden und inhaltsleeren Begründungen abgelehnt wurden.

Windkraft ist wirtschaftlicher Unfug!

Der große Traum, von Sachsen aus an der Rettung des Weltklimas mitzuarbeiten, hat sich als Kindermärchen erwiesen. Der Anteil Deutschlands an den Welt-CO₂-Emissionen liegt bei unbedeutenden 2%, der Anteil Sachsens daran liegt im mikroskopischen Bereich. Trotz der vielen Windkraftanlagen, die bereits unser Land verschandeln, hat der CO₂-Ausstoß Deutschlands weiter zugenom-



Windpark Wartung (Windwärts Energie)



Windparks wie dieser werden in Sachsen weiter ausgebaut

men, weil die meisten Kraftwerke ohnehin weiterarbeiten müssen, denn für den un stetigen Windstrom gibt es keinerlei größere Speichermöglichkeiten.

Windstrom wird bereits heute in riesigen Mengen vernichtet, weil ihn niemand braucht. 2014 musste von den deutschen Stromkunden Überschussstrom im Wert von 1 Milliarde Euro bezahlt werden, obwohl ihn niemand genutzt hat.

Unsere Nachbarländer Polen und Tschechien wollen den subventionierten Überschussstrom aus Deutschland nicht abnehmen, denn er überlastet ihre Stromnetze und er verzerrt ihren heimischen Strommarkt. Polen und Tschechien bauen nun an den Grenzen große Phasen-Verschieber, um den subventionierten Strom aus Deutschland blockieren zu können.

Die AfD steht für eine Politik der Vernunft. Deshalb wollen wir einen Stopp des weiteren Ausbaues der so genannten Erneuerbaren Energien, solange, bis es Stromspeicher gibt, die die riesigen Mengen Überschussstrom aufnehmen können und bis die Erneuerbaren Energien mit anderen Energie-Arten auch wirtschaftlich konkurrieren können. Bis dahin werden auch die sächsischen Braunkohlekraftwerke auch weiterhin benötigt, weil Energie ständig und kontinuierlich vorgehalten werden muss. Eine Serienreihe von Speichern, die mit ihrer Kapazität gewährleisten,

dass die von der Industrie und Privathaushalten benötigten Strommengen zuverlässig bereitgestellt werden, wird noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern. Niemand benötigt Stromausfall, weil kein Wind weht oder keine Sonne scheint. Letzteres gilt für die Solarstromanlagen. Das Gesetz für Erneuerbare Energien ist ein ideologisches Konstrukt. Es wurde verabschiedet, ohne eine physikalische oder wissenschaftliche Grundlage dafür zu haben. Gesetze, die auf das Prinzip Hoffnung bauen, sind unseriös und belasten ohne Not Bürger und Wirtschaft finanziell.

*MdL Jörg Urban
mit Auszügen aus seiner Landtagsrede*

Gegenwind in Gemeinden

Am 20. November 2015 haben das Wirtschafts- und Innenministerium einen gemeinsamen Windkrafte rlass verabschiedet, der den bis dato gültigen 1000m-Windkrafte rlass der Vorgängerregierung aus CDU und FDP außer Kraft setzt. Die Regelung, dass Windkraftanlagen einen Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen haben müssen (10-H-Regelung), wurde verhindert. Die CDU hat nun bezüglich der von ihr selbst in der letzten Legislaturperiode geschaffe-

nen Möglichkeit, das selbst baurechtlich zu regeln, nun aus Gründen des Koalitionszwangs mit der SPD zurückgerudert und die Länderöffnungsklausel nicht in Anspruch genommen. Wie in Sachsens Gemeinden gegen geplante Windkraftanlagen protestiert wird, zeigt exemplarisch für ganz Sachsen, die Situation in meiner Heimatstadt Lengenfeld im Vogtland. Vor vielen Jahren gab es dort Planungen, an zwei Standorten bis zu 60 Meter hohe WKAs zu errichten. Große Teile der Bevölkerung und vor allem Anlieger haben das aus mehreren Gründen abgelehnt. Der Bürgermeister und der Stadtrat haben das Projekt ebenfalls abgelehnt. Also wurde nicht gebaut. 2015 - also mehr als 10 Jahre später - erfahren die Beteiligten aus der Presse, dass an diesen Standorten jetzt nicht mehr 60 Meter, sondern 200 Meter hohe Anlagen erstellt werden sollen. Mehrere Versammlungen haben ergeben, dass Bürger, Stadtrat und Bürgermeister noch immer gegen den Bau sind und die Kommune zwar eine Stellungnahme abgeben kann, diese aber keinerlei Beachtung finden muss. Mit dem privilegierten Bau von WKAs wird die kommunale Selbstverwaltung mit Füßen getreten! Diese beiden Anlagen sollen nun gebaut werden, obwohl Sie nicht mal im aktuellen Entwurf der Regionalplanung ausgewiesen sind. Diese 200 Meter Monster sind dreimal höher als unser Kirchturm. Sie werden 450 Meter neben dem nächsten Wohnhaus, 1050 Meter neben der Grundschule und 1150 Meter neben dem Kindergarten gebaut. Keinem dieser Anlieger wird Mitspracherecht eingeräumt! Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht besorgte Bürger zu mir ins Büro kommen, oder anrufen und um Hilfe bitten. Sie sind verzweifelt und haben Angst, vor allem Angst um Ihre Kinder! Mehrere haben bereits angekündigt, dass Ihre Kinder die Schule wechseln werden, falls dort gebaut wird. Andere wollen Ihre Kinder aus dem Kindergarten nehmen und nicht in Lengenfeld einschulen lassen! Das hätte massive Auswirkungen auf die gesamte Kommune und der Stadtrat muss hilflos zugucken?! Das sind die Auswirkungen verfehlter Regierungspolitik, die von Grünen und Linken ideologisch mitgetragen wird.

*MdL Gunter Wild
mit Auszügen seiner Landtagsrede*

Energiewende und bezahlte Demonstranten

AfD-Fraktion beim jugendpolitischen Forum



Foto: Peter Kuckenburg

Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Parteien aus Mittelsachsen wurden Mitte November von Freiburger Jugendlichen zur Diskussionsrunde ins Studieninformationszentrum Freiberg eingeladen. Bis auf die CDU nahmen alle Fraktionen die Einladung an; für die AfD-Fraktion die Abgeordnete Andrea Kersten.

Ziel der Veranstaltung: Die Heranwachsenden wollten bessere Einblicke in die Politik der jeweiligen Parteien erhalten. In der Schule fühlten sie sich zu wenig darüber informiert, der politische Diskurs käme zu kurz. Dabei seien die Jugendlichen politisch noch unentschlossen. Um sich besser orientieren zu können - dazu sollte nun diese Veranstaltung dienen.

Aber bereits die persönliche Begrüßung der Abgeordneten machte deutlich, dass sie doch nicht ganz so unentschlossen waren, wie es den Anschein haben sollte. Man duzte die linksrotgrünen Abgeordneten, kannte sich gut und war augenscheinlich zumindest über deren Positionen informiert. Die anschließenden Diskussionen bestätigten diese Vermutung. Diese waren eher Streitgespräche, als Verteidigung eigener - gefestigter- Positionen, denn als Informationsquelle für die Zuhörer. Das macht das Format dieser Veranstaltung aber nicht weniger wertvoll; ganz im Gegenteil: jede Art der politischen Diskussion ist wichtig und

richtig und immer besser, als Scheiben einschlagen, Gewalt und Krawall. Noch dazu, wenn die Gespräche von Schülern und Studenten selbst angeschoben werden. Von daher können die Jugendlichen nur bestärkt werden, an dieser Art von Veranstaltungen festzuhalten.

Die drei Themen, die den Jugendlichen an diesem Abend äußerst wichtig waren: Bildung, Nachhaltigkeit und Integration. Überraschenderweise stand bei den überwiegend anwesenden Schülern nicht das Thema Bildung im Diskussionsvordergrund. Am intensivsten wurde über Sinn und Unsinn der Energiewende diskutiert. Aber auch die Auseinandersetzung mit dem Thema Integration, die letztlich eine über die deutsche Flüchtlingspolitik wurde, beschäftigte die Teilnehmer sehr. Dass auch das Demonstrationsgeschehen in Sachsen zur Sprache kam, lag auf der Hand.

Besonders interessant war in diesem Zusammenhang die „belauschte“ Bemerkung einer Teilnehmerin, die ihrer Nachbarin zuflüsterte, dass sie zu Gegendemonstrationen von AfD und PEGIDA ginge, um Geld zu verdienen. Die politische Orientierung der jungen Dame scheint noch einer gewissen Strukturierung zu bedürfen.

MdL Andrea Kersten

„Wie lange wollt ihr die Merkel noch behalten?“

Informationsbesuch des AfD-Abgeordneten Mario Beger informiert sich für die Fraktion über Grenzkontrollen in Ungarn



Gruppenbild mit AfD-Plakat und Fahne an der nun stark befestigten EU-Außengrenze zu Serbien: v.l.n.r.: MdL des Sächsischen Landtages Mario Beger (AfD), der Vizebürgermeister des betroffenen Ortes, István Fackelmann (m.) und Andreas Overheu (r.), Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Meißen der AfD.

In mehreren Anträgen und Kleinen Anfragen der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag geht und ging es um die mangelnde Sicherheit im grenznahen Bereich. Aber auch die Schließung der Grenzen und Wiedereinführung von Grenzkontrollen sind zentrale Themen der Fraktionsarbeit. Was lag also näher, als sich dort darüber zu informieren, wo diese Politik bereits konsequent umgesetzt wird – in Ungarn. Der Abgeordnete Beger machte sich auf den Weg und hier ist sein Bericht: Im Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 6/2004) geht es um Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität

Als erster deutscher Politiker an der EU-Außengrenze zu Serbien im ungarischen Ásotthalom! Angeregt und organisiert hatte diese Reise der ungarische Staatsbürger Tibor Berta, der selbst aus Ásotthalom stammt und dort auch noch nahe Verwandte hat, die ebenfalls über die Ereignisse berichteten. Tibor Berta lebt seit fast 40 Jahren in Großenhain und wurde vor Kurzem AfD-Mitglied.

Herzlich werden wir vor Ort von Ásotthalom, István Fackelmann mit dem Assistenten eines Mitgliedes der Kommission für auswär-

tige Angelegenheiten des ungarischen Parlamentes, Tamas Fodor begrüßt und fahren im Anschluss an das Gespräch mit ihnen an den stark befestigten Grenzstreifen zu Serbien.

Am NATO-Zaun bedanken sich die Mitglieder der kleinen Delegation für die Initiative des Gemeindevorstehers, László Toroczka, ohne den so eine Sicherung nicht zu Stande gekommen wäre. „Anfang bis Mitte September passierten täglich acht- bis zehntausend Menschen den Ort, nur etwa die Hälfte davon war registriert. Bis zu 80 Autos mit Schleppern standen an der Tankstelle“, berichtet Fackelmann, jetzt noch sichtlich bewegt. Seit dem 16. September gelten illegale Grenzübertritte in Ungarn als kriminelle Handlung und werden auch dem entsprechend geahndet – seit diesem Datum ist die Zahl der illegalen Grenzdurchbrüche auf etwa 200 täglich zurück gegangen. Der Bürgermeister bezeichnet die Grenzverletzungen ebenfalls als Aggression und kriminellen Akt und ist damit nicht allein. Mitglieder der Bürgerwehr und Polizisten wurden tödlich angegriffen und lebensbedrohlich verletzt. „Die Bewohner der weit auseinander liegenden Gehöfte der Gemeinde, die mit eine Fläche von 12.200 Hekt-

ar ein sehr großes Gebiet umfasst, haben jetzt auch noch Angst vor Diebstahl und Plünderung, denn „nicht immer seien die Asylanten und Flüchtlinge nur einfach durchgezogen“, berichtet der Bruder von Tibor Berta.

Nach den tieferen Ursachen dieser Invasion befragt, antworten alle Betroffenen übereinstimmend, dass dies in der aggressiven Politik der USA begründet sei. Die deutsche Bundesregierung, speziell Angela Merkel und der Bundespräsident mit ihrer sogenannten Willkommenskultur, tragen aber die volle Verantwortung für die unkontrollierte Völkerwanderung. „Da waren nämlich auch Menschen dabei, die eigentlich gar nicht von zu Hause weg wollten, aber durch diese Aufforderung und die vielen Angebote und Versprechen, regelrecht dazu animiert wurden“, erklärt Tamas Fodor und verweist auf Herkunftsländer wie zum Beispiel Bangladesch.

„Wie sollen diese Deutschen später mal ihren Enkeln mit guten Gewissen in die Augen sehen, wenn sie jetzt nicht dagegen ankämpfen“, fragt der Bürgermeister weiter und stellt fest, dass sich die EU als impotent erwiesen habe, wenn nicht gar schon am Ende sei. „Deutschland ist doch aber auch nicht nur Frau Merkel allein, wie lange wollt ihr die denn noch behalten?“, fragt Fackelmann nachdrücklich. „Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán ist der einzige Politiker in der EU, der sich traut, Angela Merkel die Wahrheit zu sagen und dafür bekommt er Schelte!“, ärgert sich auch Mario Bmann.

Kurz vor der Abreise aus Ásotthalom kam es an bereits erwähnter Tankstelle zu einer zufälligen Begegnung mit Mitgliedern der örtlichen Bürgerwehr, die sich darüber freuten, dass ihre Arbeit endlich mal von der deutschen Politik gewürdigt wird.

MdL Mario Beger
Fotos: Henry Müller

VW-Desaster

Auswirkungen für Beschäftigte im Automobil-Cluster Sachsen rechtzeitig abwenden!



Der Volkswagen-Standort Mosel bei Zwickau (Foto: dpa)

Der Weltkonzern VW befindet sich in einer seiner größten Krisen. Um das Vertrauen der Kunden wiederzuerlangen, bedarf es einer lückenlosen Aufklärung aller Vorfälle. Schuld an der Krise ist wohl kaum das Können der Ingenieure, sondern vielmehr das Streben nach möglichst hohem Profit.

Der sogenannte Harnstoff-Katalysator, den es schon lange gibt, war für die Produktion schlichtweg zu teuer. Das geschädigte Ansehen des VW-Konzerns wird zu deutlichen Umsatz- und Gewinneinbußen führen. Nach Aussagen von Konzernchef Müller sollen auch geplante Investitionen auf den Prüfstand und soweit wie möglich zurückgestellt werden. – In diesem Zusammenhang hätte ich auch gern etwas zu den Managergehältern gehört. – Dies wird auch massive Folgen für die sächsische Wirtschaft und Zulieferindustrie haben.

Auf der VW-Betriebsversammlung äußerte Konzernchef Müller, dass es keine Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse geben soll. Das gibt eine gewisse Hoffnung. Man muss der Konzernleitung die Möglichkeit geben zu reagieren und ihr ein gewisses

Maß an Vertrauen entgegenbringen – auch in diesen schweren Zeiten. Ein einmaliges Fehlverhalten einzelner Personen darf nicht zu einem kompletten Vertrauensverlust in einem Weltkonzern führen. Die Auswirkungen des VW-Desasters sind im Moment noch nicht abschätzbar. Mitarbeiter des VW-Konzerns und der Zulieferindustrie in Existenzangst zu versetzen, ist hier der völlig falsche Weg.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wie Sie den Anfang und den Verlauf einer eventuellen Krise in Sachsen abwenden oder gar vermeiden wollen, ist mir schleierhaft. Auch die Einschnitte bei den Steuereinnahmen sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Haushaltssperre in Zwickau! – Frank Heidan, CDU: Alles nur linkes dummes Gequake!)

Genauso sieht es aus. Diese Panik, die gemacht wird, ist doch politisch gemacht. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, dass die Politik nicht unbedingt immer der beste Unternehmer ist. In diesem Zusammenhang

erinnere ich zum Beispiel an den Baurieser Holzmann. Der traurige Niedergang der Marken Sachsenring, Trabant und MZ wiegt auch heute noch in den Köpfen der Sachsen schwer. Daher rät die AfD-Fraktion zu besonderem Handeln, um keine unnötigen Ängste zu schüren.

Sehr geehrte Abgeordnete, noch wissen wir nicht, was Überprüfungen von Emissionsmessungen bei anderen Automobilherstellern ans Tageslicht befördern. Es wäre ebenfalls im Bereich des Möglichen, dass die Feststellung bei VW nur die Spitze eines Eisberges ist und sich die Angelegenheit zu einem weltweiten und flächendeckenden Skandal ausweitete. Ob es sich um eine einmalige Manipulation – und diese ausschließlich im Bereich des VW-Konzerns – handelt, ist ebenfalls noch nicht absehbar. Fakt ist, dass aufgrund all dieser unbekannteten Faktoren



Carsten Hütter (AfD)
bei seiner Rede im Sächsischen Landtag

eine abschließende Analyse des Gesamtschadens zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich erscheint. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der Ihnen wohlbekannte Produktionsfehler der sogenannten A-Klasse von Mercedes – Stichwort Elchtest – keinen nachhaltigen Image- und Umsatzverlust bescherte.

Wir können daher nicht erkennen, was die aktuelle Debatte am heutigen Tage letztendlich hier bewirken soll. Danke.

MdL Carsten Hütter

Wunderbar, dass wir den Antrag nicht eingereicht haben.

Er wäre nämlich abgelehnt worden!

Unser Dank geht an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ihr Antrag ist richtig und wichtig und wir unterstützen ihn und freuen uns, dass Sie ihn eingebracht haben.

Es ist eine dunkle Geschichte der ehemaligen DDR, obwohl der Artikel 19 Nr. 2 der Verfassung der DDR eigentlich etwas anderes aussagt: „Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit sind Gebot für alle staatlichen Organe, alle gesellschaftlichen Kräfte und jeden einzelnen Bürger.“

Wir haben wenige Informationen über diese Behindertenheime – deswegen ein Beispiel aus den Spezialheimen, zu denen die Jugendwerkhöfe gehörten –, wie es so lief. Wir hatten 1989 31 Einrichtungen mit 3 000 Plätzen. Sie wurden nach dem Konzept Semjonowitsch Makarenkos geführt. Ein Psychologe aus der Sowjetunion. Als Ziel für alle Heime galt, die Eigenheit der Persönlichkeit der Kinder zu überwinden, die Eigenheit im Denken und Verhalten zu beseitigen und sie somit sozialistisch zu erziehen. Auch die Ausnutzung als billige Arbeitskraft war Praxis in allen Heimern in der DDR; aber auch in den westdeutschen Bundesländern gab es solche Verfehlungen. Das sollte man hierbei nicht vergessen.

Bezüglich der Behindertenheime gab es auch Kritik an dem Runden Tisch, dem Antje Vollmer vorstand. Sie galt als befangen, weil sie als Kirchenfrau nach Meinung von Betroffenen bewusst dieses Thema ausgeklammert haben soll. Diese Kritik gab es von den Betroffenen.

Die Hilfsfonds für Heimkinder hatten oder haben ganz schöne Lücken. Erstens ist der Betrag von 364 Millionen Euro, der dann wohl letztendlich ausgereicht wurde, sehr mickrig. Zweitens ist die Antragstellung vorbei; das heißt, wenn jemand jetzt einen Antrag stellen wollte, dürfte er es nicht, das ist seit 2014 nicht mehr möglich. 10 % der Summe gingen für die Verwaltung drauf; auch das

kritisieren die Betroffenen. Hinzu kommt, dass nur Therapien, Sachleistungen und Ausgleichszahlungen für Rentenbeiträge ausgereicht wurden, aber keine Geldleistungen. Dass der Bund 20 Millionen Euro einstellen möchte, haben wir schon gehört. Die Kirchen waren dafür. Die Länder – bis auf Bayern –



Detlef Spangenberg (AfD)
bei seiner Rede im Sächsischen Landtag

haben bisher nicht zugesagt. Es handelt sich nach den Angaben des Beauftragten um 24 000 Kinder in der Behindertenhilfe und um 8 900 Kinder in den psychiatrischen Einrichtungen, also insgesamt um rund 32 900. Die Zahl spielt auch nicht die Rolle.

Sie aber, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wollen erst eine wissenschaftliche Studie auflegen. Aber diese Studie kostet Zeit und viel Geld; der Gutachter freut sich darüber. Dann wollen Sie einen Fonds auflegen. Aber was machen Sie, wenn das Geld alle ist? Ich möchte noch einmal auf die Sensibilität dieses Themas hinweisen. Ein Behindertener hat ein ganz besonderes Leid. Er kann sich nicht wie andere irgendwann wieder im normalen Leben bewegen. Ich habe mir oft

die Frage gestellt: Was sagt ein Behindertener, wenn er seine Situation betrachtet, auf die Frage: „Warum gerade ich?“ Das ist ein Leid, das niemand mildern kann. Daher gehe ich mit, wenn gefordert wird, nicht auf den Unrechtsgedanken abzustellen; das wäre zu kompliziert.

Wir sollten einfach Unterstützung geben – allen Behinderten in Heimen. Das kann einfach und unkompliziert geschehen. Das Leid kann durch nichts aufgehoben werden. Aber wir sollten wenigstens für eine materielle Sicherstellung sorgen.

Ich schlage vor, dass wir ein Gesetz wie das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz heranziehen. Die Antragstellung ist einfach. Urteil oder Zeugenaussagen in irgendeiner Form, und dann wird Geld gezahlt. Mit einem Fonds dauert das ewig. Viele der Behinderten sind viel zu alt, das heißt, sie sterben weg und bekommen gar nicht mehr das Geld, das zu zahlen Sie vorhaben. Das dauert zu lange. Die Studie können Sie trotzdem noch erstellen lassen. Dann zur Höhe des Geldes: Hier können wir nicht fragen, was es kostet. Hier muss das gezahlt werden, was nötig ist. Wir haben doch sehr viel Geld zur Verfügung; das haben wir doch in den letzten Monaten und insbesondere in den letzten Tagen so gehört. Mindestens 20 000 bis 30 000 Euro pro Behinderten könnten – und müssten – ohne Prüfung, nur weil er behindert und im Heim war, ausgereicht werden.

Als Letztes noch ein Satz: Als ich den Antrag der GRÜNEN auf den Tisch bekam, dachte ich: Eigentlich ist es schade, dass die AfD den nicht eingereicht hat. Aber kurz danach habe ich gedacht: Wunderbar, dass wir den Antrag nicht eingereicht haben. Er wäre nämlich abgelehnt worden. Zuleisten der Behinderten hätten Sie den Antrag abgelehnt, nur weil er von uns gekommen wäre.

Insofern ist es gut, dass Sie ihn eingebracht haben; denn wir können zustimmen.

MdL Detlef Spangenberg

Gründe für die Glaubwürdigkeitskrise der Medien

Tatsachen werden der „Political Correctness“ geopfert

Wenn gegenwärtig nur noch die Hälfte der Bürger zur Wahl geht und die Abonnenten der Tageszeitungen dramatisch abnehmen, so sind das alarmierende Zeichen für Defizite in unserer Demokratie. Das kann niemanden kalt lassen, der sich für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzt.

Über Wahrheit braucht man nicht lange zu philosophieren: Wahrheit ist die Übereinstimmung von Wirklichkeit und Aussage. Wir alle verachten Lügen und Halbwahrheiten. Die Journalistin Ulrike Simon, die im Februar 2015 mit dem renommierten „Bert-Donnepp-Preis für Medienpublizistik“ ausgezeichnet wurde, formuliert es so:

„Erst wissen, dann meinen. Wir sind keine Wissens-, sondern eine Meinungsgesellschaft. Eine Meinung bildet sich erst heraus, wenn ich eine Auffassung habe und einen Tatbestand erfasst habe. Erst dann habe ich eine Haltung und erst dann bilde ich mir eine Meinung.“



Die Fälle der Asylbewerbers Khaled und des Jungen aus Sebnitz sind hässliche Beispiele für Empörungsjournalismus.

Wahrheit setzt die Kenntnis von belastbaren Fakten voraus. Dazu ist eine saubere, zeitaufwändige Recherche erforderlich. Bei dem Zeitdruck in den Redaktionen kommt man dieser journalistischen Sorgfaltspflicht immer weniger nach. So werden Agenturmeldungen kritiklos übernommen und damit häufig unwahre Berichte weiterverbreitet. Außerdem werden Fakten durch Meinungen überdeckt, denn Fakten stören nur.

Ich nenne dazu zwei traurige Beispiele medialer Hysterie:



Frauke Petry prägte kürzlich den Begriff „Pinocchio-Press“ in Verbindung mit der aktuellen Mediensituation

1. Der Todesfall des eritreischen Asylbewerbers Khaled Idris Bahray in Dresden. Die Polizei meldete zunächst nach flüchtiger Untersuchung, es gebe „keine Anhaltspunkte auf Fremdeinwirkung“. Das stellte sich als falsch heraus. Der junge Eritreer starb, wie die Staatsanwaltschaft schließlich mitteilte, durch mehrere Messerstiche in Hals und Brust. Im Zusammenhang mit den PEGIDA-Demonstrationen lechzten die Demonstranten und die Medien förmlich nach einem Täter aus der rechten Szene. Zum deutlichen Abflauen der Medienhysterie kam es erst, als die Ermittlungen ergaben, dass kein rechts-extremer Deutscher, sondern ein anderer Asylbewerber die Tötungshandlung begangen hatte.

2. Der Todesfall im Schwimmbad von Sebnitz im Jahr 2000. Der Tod eines Kindes wurde von hysterischen Medien zu einem rassistisch motivierten Mord stilisiert. Eine Horde Neonazis habe den kleinen Jungen ertränkt. Eine ganze Stadt wurde heruntergeschrieben und unter Verdacht gestellt. Die Todesursache konnte nicht ganz aufgeklärt werden. Wahrscheinlich ist der Junge an einem Herzklappenfehler gestorben. Eine Entschuldigung der Presse hat es nie gegeben. Ein weiteres Faktum für den Glaubwürdig-

keitsverlust der Medien ist die zunehmende Skandalisierung und der Empörungsjournalismus. Die Fälle der Asylbewerbers Khaled und des Jungen aus Sebnitz sind hässliche Beispiele für Empörungsjournalismus. Leider wird heute der Skandal zum Regelfall. Viele auflagenstarke Zeitungen liefern den täglichen Skandal. Teilweise werden Skandale auch künstlich geschaffen, um Käufer anzulocken oder die Einschaltquote zu erhöhen.

Im Pressekodex ist eine Formulierung zu finden, die den Journalisten verbietet, bestimmte, als rassistisch zu interpretierende ethnische Merkmale, bei einer Täterbeschreibung zu verwenden. Dazu sagte Roland Tichy, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, am 26. Mai 2015 in seiner Rede beim 6. „Gesprächskreis im Ständehaus“: „Heute führt dies dazu, dass bestimmte Sachverhalte nicht mehr bei der Täterbeschreibung verwendet werden dürfen. Das spüren die Menschen und lachen über die Journalisten. Und Lächerlichkeit ist das tödlichste Momentum, das man kennt“.

*MdL Kirsten Muster,
medienpolitische Sprecherin
der AfD-Fraktion*



Busse und Bahnen auf dem Land erhalten und entwickeln

MdL Silke Grimm berichtet aus der Strategiekommision



Doppelstocktriebwagen auf dem Land (Foto: kuknauf)

Am 11. März 2015 wurde im Sächsischen Landtag der Beschluss gefasst, dass die Strategiekommision für einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Sachsen einberufen wird und diese bis zum 31. Dezember dem Landtag einen Zwischenbericht vorlegt. Vorrangiges Ziel dieser Kommission ist es, den Nahverkehr als Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu betrachten und nicht nur unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Schließlich wollen und müssen ja gerade ältere Bürger und Kinder, die kein Auto haben, flexibel beweglich sein.

Und das hat sich auf diesem Gebiet bisher getan:

Am 28. Mai 2015 fand dann die konstituierende Sitzung der Kommission statt. 27 Politiker und Experten gehören ihr an. Vorsitzender ist Staatssekretär Dr. Hartmut Mangold und Vertreter aller Fraktionen des Sächsischen Landtages sind Mitglieder der Kommission. Dazu die kommunalen Vertreter, je ein Vertreter der 5 Zweckverbände, die fachlich zuständigen Staatsministerien, Vertreter einiger Fahrgast- und Unternehmensverbände, Vertreter von Gewerkschaften, der IHK, der Wissenschaft sowie ein Vertreter für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Fragen über Fragen, die es zu klären gilt: Wie zum Beispiel 1. Wie können wir den ÖPNV unter sich den sich ändernden Rahmenbedingungen weiterentwickeln? 2. Wie können wir ihn mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln noch kundenfreundlicher gestalten? 3. Wie schaffen wir es, den Menschen im ländlichen Raum auch in Zukunft eine verlässliche Nahverkehrsgrundversorgung anzubieten?

Am 25. Juni 2015 war Bestandsaufnahme des Status Quo. Also der Ist-Zustand. Alle fünf in Sachsen tätigen Zweckverbände präsentierten ihre Arbeit der letzten Jahre und das vorhandene Nahverkehrsangebot in deren Regionen mit allen Veränderungen, die bereits vollzogen wurden.

Fast drei Monate später, am 14. September begann die erste wirkliche Arbeitssitzung! Prof. Huber, ein ehemaliges Mitglied der ÖPNV- Zukunftskommission in Nordrhein-Westfalen, berichtete über die Arbeitsweise und Ergebnisse aus diesem Gremium. Ich war ziemlich verwundert, denn meiner Meinung nach kann man den Strukturwandel in Sachsen nicht mit dem in Nordrhein-Westfalen vergleichen. Sachsen ist größtenteils Flächenland und in vielen Regionen dünn besiedelt, was in NRW ja nun nachweislich

völlig anders ist! Dann wurde ein beauftragtes Gutachterkonsortium vorgestellt, welches ein Basisgutachten zum Status Quo des Sächsischen Nahverkehrs als Arbeitsgrundlage für die Strategiekommision erstellen soll. Allerdings sind dazu die Zweckverbände genügend aussagefähig. Deshalb finde ich auch solche kostspieligen Gutachten sehr zeitaufwendig und nicht unbedingt nutzbringend. Staatssekretär Mangold z.B. erklärte, dass insbesondere zum straßengebundenen ÖPNV im Freistaat Sachsen noch belastbare Aussagen benötigt werden.

Im Ergebnis wurde die Etablierung von insgesamt fünf **Arbeitsgruppen** beschlossen.

1. „Infrastruktur und Fahrzeuge“
2. „Angebotsentwicklung“
3. „Finanzierung“
4. „Tarif und Vertrieb“
5. „Organisation“

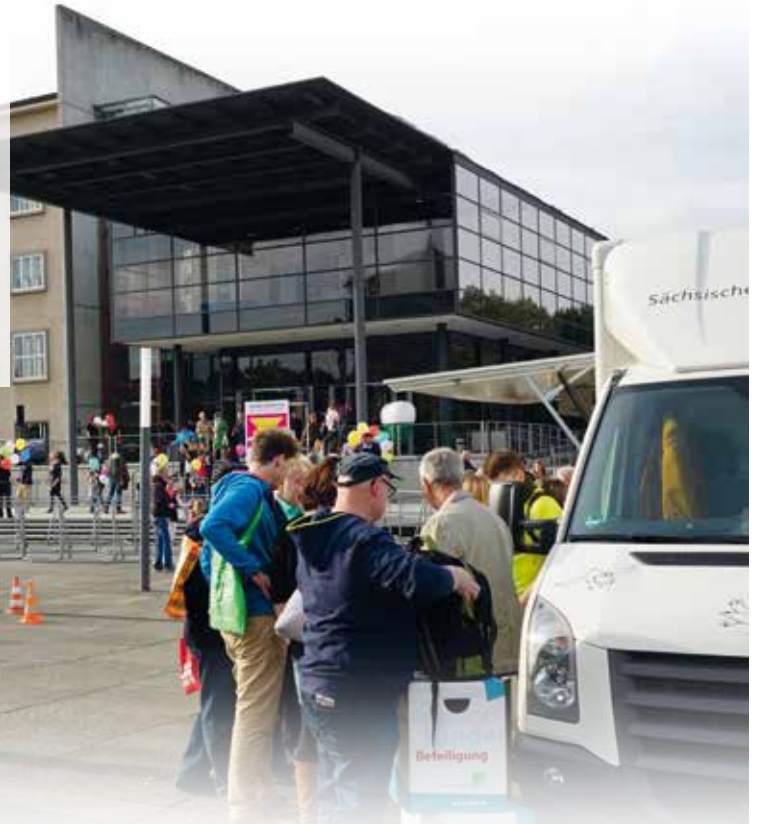
Die gleichmäßige Verteilung der Kommissionsmitglieder übernimmt das Verkehrsministerium. Mein Favorit ist die Arbeitsgruppe „Angebotsentwicklung“, da ich durch meine vorherige Selbstständigkeit im Reisebüro & Busbetrieb schon seit 1990 mit Linienverkehr im ländlichen Raum praktische Erfahrung habe und auch die eine oder andere Idee, wie Nahverkehr kostengünstiger und trotzdem flächendeckend realisiert werden kann.

Meiner Meinung nach sollte der Landtag einen festen Zeitpunkt beschließen (z.B. vor der Sommerpause 2016), zu dem ein Zwischenbericht über die ersten Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorgelegt werden muss. Nur so kann die Arbeit der Strategiekommision zügig vorangebracht werden. Es ist ein wichtiges Thema, um die Entwicklung der ländlichen Räume in Sachsen weiter voranzubringen.

MdL Silke Grimm (MdL), verkehrspolitische Sprecherin der AfD Fraktion

AfD-Fraktion beim Tag der Offenen Tür sehr gefragt

Nach der Feierstunden anlässlich des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit öffnete der Sächsische Landtag am 3. Oktober seine Pforten zum Tag der Offenen Tür. Alle Fraktionen versuchten, sich von ihrer besten Seite zu zeigen und warben an geschmückten Ständen mit Info-Material und kleinen Geschenken um die Gunst der vielen hundert Besucher. Natürlich auch die Fraktion der AfD. Alle waren ein wenig aufgeregt, wie die erst seit einem Jahr im Parlament vertreten Alternative für Deutschland bei den Bürgern im Parlament ankommt. Um es vorweg zu nehmen: Sehr gut! Viele Fragen zu Problemlösungen bei Themen wie Asyl-Chaos, Bildungspolitik und TTIP wurden gestellt. Teilweise entwickelten sich regelrechte Diskussionsrunden an den Stehtischen. Die „Blaue Post“ wurde von Fraktionsmitarbeitern verteilt und von den Besuchern gerne mitgenommen. Ein rundum gelungener Tag.



MDL Kirsten Muster und Jörg Urban im Gespräch mit interessierten Besuchern



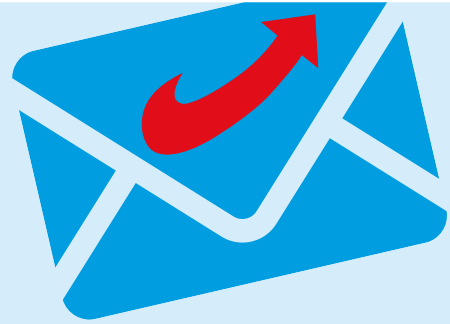
Uwe Wurlitzer erklärt die Arbeit der „Neuen“ im Landtag



Der Stand der Fraktion war gut frequentiert



Die Ausgaben der „Blauen Post“ wurde gern und oft mitgenommen



Der Blaue Brief

Pflege-Notstand der Tradition am Beispiel der Ignoranz des Liedgutes

Der Christ-baum ist der schön-ste Baum, den wir auf Er-den ken-nen. Im
5 Gar-ten klein, im eng-sten Raum, wie lieb-lich blüht der Wun-der-baum, wenn
9 sei-ne Lich-ter bren-nen, wenn sei-ne Lich-ter bren-nen, ja bren - nen.

Der Christbaum ist der schönste Baum,
den wir auf Erden kennen.
Im Garten klein, im engsten Raum,
wie lieblich blüht der Wunderbaum,
wenn seine Lichter brennen, ja brennen.

Denn sieh, in dieser Wundernacht
ist einst der Herr geboren,
der Heiland, der uns selig macht.
Hätt' er den Himmel nicht gebracht,
wär' alle Welt verloren, verloren.

Doch nun ist Freud' und Seligkeit,
ist jede Nacht voll Kerzen.
Auch dir, mein Kind, ist das bereit't,
dein Jesus schenkt dir alles heut',
gern wohnt er dir im Herzen, im Herzen.

O lass ihn ein, es ist kein Traum,
er wählt dein Herz zum Garten,
will pflanzen in den engen Raum
den allerschönsten Wunderbaum
und seiner treulich warten, ja warten.

Das sanfte Glitzern hat verloren gegen schrilles Lichter-Balla-Balla. Getöse und Grobes hängen die inhaltvollen, christlichen Festlieder ab. Jahr für Jahr verstummen sie mehr. Weihnacht ist nun „Shopping“-Fest zu „Last Christmas“, „Jingle Bells“ und „Rudolph the Red-Nosed-Reindeer“. Vor etwa 30 Jahren erklangen noch „Leise rieselt der Schnee“, „Stille Nacht“ oder – siehe nebenan – „Der Christbaum ist der schönste Baum“. Selbst Kultursender dudeln gefühlt ununterbrochen nepalesisches „Jahresend-Liedgut“. Es gibt Bildungsfamilien, die sich US importiertem Kitsch entziehen. Spätestens in der Schule werden deren Kinder dann aber doch von gutmenschlich motivierten Lehrern zum afrikanischen Trommelkurs animiert, statt für den Kirchenchor. Vom Schulchor ganz zu schweigen. Die gibt es heute seltener als deutsche Weihnachtslieder.

Hinweis:

Die BlauePost ist auch als PDF-Download verfügbar: www.afd-fraktion-sachsen.de

Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie im wöchentlich erscheinenden Web-Magazin „AfD Sachsen Aktuell“, erhältlich über www.afdsachsen.de.

Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.



Folgen Sie uns auch bei:



facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



twitter.com/AfD_SLT



<http://bit.ly/1L9Tb1f>

www.afd-fraktion-sachsen.de

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0351 - 493-4220
Telefax: 0351 - 493-4221

BlauePost Nr.3
Dezember 2015

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

presse-afd@slt.sachsen.de
info@afd-fraktion-sachsen.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Fraktionsgeschäftsführer Thomas Strobel
Pressesprecher Andreas Albrecht Harlaß

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.